



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!
Gemeinderatssitzung 15. März 2012



KPÖ informiert:
GRAZ
 www.kpoe-graz.at

SCHWARZ-GRÜN: 1 Million Euro für Eigenwerbung



Das **tägliche Leben** muss **leistbar** bleiben!

**Es reicht.
 Teuerung stoppen!**

Gebühren steigen dramatisch, aber die Stadt gibt 1 Million Euro für Eigenwerbung aus.

1 Million Euro an Steuergeldern will die Schwarz-Grüne Koalition für Eigenwerbung ausgeben – und das knapp vor der Gemeinderatswahl. Ein Dringlichkeitsantrag, der diesen Beschluss rückgängig machen sollte und die Verwendung dieser Gelder für soziale Zwecke forderte, wurde von ÖVP und Grünen niedergestimmt.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr würde mit dem Geld lieber die Wohnungssituation für Menschen mit wenig Geld verbessern, „nachdem ich für das Wohnen zuständig bin und tagtäglich sehe, wie schwer sich die

Menschen tun, die einkommensschwächer sind, eine leistbare Wohnung zu finden. Man müsste Maßnahmen und Mittel in die Hand nehmen, um zumindest die Wohnungseinstiegskosten zu minimieren.“

Sie erinnerte daran, dass die Eigenwerbungskosten der Stadt in der vergangenen Periode reduziert worden waren: „Die Leistungen der städtischen Bediensteten sprechen für sich selber. Wir von der KPÖ haben nie zu jenen gehört, die das Rathaus zum Rasthaus erklärt haben, um Ausgliederung und Privatisierungen vorzubereiten. Deshalb haben wir jetzt das moralische Recht, diese Werbekampagne abzulehnen.“

Reininghaus-Gründe: Die Fakten auf den Tisch! Für Volksbefragung.

Mit zwei Initiativen versuchte die KPÖ im Gemeinderat eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Reininghaus-Gründe erreichen.

KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber verlangte in der Fragestunde vom zuständigen Stadtrat **Rüsch** Auskunft über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit den Eigentümern der Reining-



haus-Gründe. Eber: „Es ist mehr als seltsam, dass der Bürgermeister in einem Zeitungsinterview bereits über den Zeitplan oder die Organisationsform einer zu gründenden Gesellschaft spricht, was – in dieser Form – weder im Gemeinderat noch im dafür zuständigen eigens eingerichteten Ausschuss behandelt wurde.“

Eber verlangte auch, dass die Namen der neuen Eigentümer der Reininghaus-Gesellschaft öffentlich gemacht werden. Der ÖVP-Stadtrat: „Es ist das Recht jeden Eigentümers, im Hintergrund zu bleiben.“



KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann verlangte für Reininghaus eine Volksbefragung nach dem Volks-

rechtesgesetz. Das lehnten VP und SP ab.

Bergmann: „Niemand weiß, wie die hoch verschuldete Stadt Graz diese Abenteuer finanzieren soll. Die KPÖ wird sich sicher nicht in einen finanziellen Blindflug einlassen.“

RAT UND HILFE



**Wohnungsstadträtin
 Elke Kahr - KPÖ,
 Tel. 0316 / 872 20 60**

Pfauengarten: Spielplatz in Gefahr

Durch das Monsterprojekt „Pfauengarten“ geraten auch der Spielplatz und der Verkehrsgarten beim Stadtpark in Gefahr. **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber:** „Nach den bisherigen Plänen soll eine „Freistiege“ vom Pfauengarten zum derzeitigen Kinderspiel-



platz und dem Verkehrsgarten führen.

Diese beiden beliebten Einrichtungen wären unserer Meinung nach also in Gefahr, aufgelassen bzw. zumindest stark eingeschränkt zu werden.“ Die KPÖ ist vehement dagegen und steht an der Seite der Anrainer.

Kulturbeirat erhalten

Die Stadt Graz soll sich für den Erhalt des Kulturbeirats des Landes Steiermark einsetzen. Das fordert **KPÖ-Mandatar Mag. Andreas Fabisch** in einem Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat. Der Hintergrund: Im Land hatte Kulturreferent Buchmann (VP) die Abschaffung des Bei-

ratssystems verlangt. In der Stadt will Kulturreferent Grossmann (SP) genau dieses System richtigerweise erhalten. SPÖ und ÖVP stimmten im Interesse der Belastungspartnerschaft auf Landesebene diesen Antrag nieder – und zwar ohne Diskussion.

Neue Gemeindewohnungen auf dem Weg

Die Stadt Graz machte am Donnerstag den Weg zum Bau von 90 Gemeindewohnungen auf dem Gelände der Hummelkaserne und von 50 Gemeindewohnungen am Sternäckerweg frei. Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Es



ist wichtig, dass die Stadt auch in schwierigen Zeiten neuen und leistbaren Wohnraum schafft. Besonders freut es mich, dass die von der KPÖ initiierte Unterschriftenaktion „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ mit dem heutigen Beschluss endgültig erfolgreich ist. Das zeigt auch: Es lohnt sich, wenn man für positive Ziele aktiv wird.“

Lifteinbau besser fördern !

Der Gemeinderat von Graz fordert das Land einstimmig auf, den Einbau von Liften in Altbauwohnungen zu erleichtern. Ebenfalls einstimmig wurde ein Zusatzantrag von **Gemeinderätin Uli Taberhofer (KPÖ)** angenommen. Darin fordert sie eine Erhöhung der Förderung des Landes für diesen Lifteinbau: Das Hauptproblem bei einem nachträglichen Lifteinbau liegt

darin, dass er im Sinne des Gesetzes keine „Erhaltung“, sondern eine „Verbesserung“ darstellt und mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Das muss geändert werden.



Elke Kahr. **KPÖ**

In harten Zeiten:
Auf keinen Menschen vergessen !

Ostbahnhof: Liftschacht ohne Lift

Die Bundesbahn hat am Ostbahnhof einen Liftschacht errichtet, der dazugehörige Lift fehlt aber. Personen, welche auf einen Rollstuhl angewiesen sind, Eltern mit Kinderwägen oder gehbehinderte Personen stehen so vor einer Hürde, die kaum zu nehmen ist, und sie stehen vor einem Lift, den es nicht gibt.



KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer: „Es stellt sich für mich die Frage, welche hochbezahlte Köpfe solche halbfertigen Arbeiten veranlassen.“

Die KPÖ verlangt von den ÖBB den Einbau dieses Liftes und wendet sich entschieden gegen eine Kostenbeteiligung der Stadt.

Lendplatz 38: Portal verschwunden

Ein wertvolles Steinportal aus dem Jahr 1834 schmückte bis vor wenigen Jahren das Haus am Lendplatz 38. Die Zustimmung der Stadt zum Abriss des Objektes erreichte der Bauwerber KETAT Grundstücksverwertungs-GmbH unter anderem durch das Versprechen, das alte Portal in den geplanten Neubau zu integrieren. Nun, nach Beendigung der Bauarbeiten, fehlt vom alten Portal jede Spur. **Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch (KPÖ)** fragte den Bürgermeister: „*Wo ist heute das alte Steinportal aus dem Jahr 1834? Wurde es woanders wieder aufgestellt oder hat der Bauwerber KETAT Grundstücksverwertungs-GmbH die Stadt Graz gezielt falsch informiert?*“



Post zu 100 % in öffentliche Hand !

KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora übernahm einen mehrheitlich (von KPÖ, Grünen und SPÖ) beschlossenen Antrag des Bezirkrates Jakomini, in dem die volle Wiederverstaatlichung der Post gefordert wird. Da-



Sikora

mit entspricht die KPÖ einem Wunsch von Bezirksmandatären, die hoffen, dass durch diese Vorgangsweise eine raschere Behandlung ihres Anliegens durch die Stadt Graz ermöglicht wird.



1. Mai 2012

Demonstration und Maifest im Volkshaus

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!**



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

KPÖ wirkt!